



*Krieg und Faschismus ringsum – und (fast) alle marschieren mit. Selbst der Antikriegstag gehört den Nazis. Kaum Protest in der Linken gegen die aktuellen Kriegsschauplätze Syrien und Iran
Foto: Walter Ballhause, Hannover, 20.4.1933 "Pennäler marschieren mit" – 'Führers' Geburtstag
Ausstellung der Galerie Arbeiterfotografie, Köln (siehe auch Rückseite)*

Stoppt den Krieg – Hände weg von Syrien

Antikriegstag: Freidenker aus NRW demonstrieren mit in Frankfurt bei der einzigen bundesweiten Kundgebung gegen die deutsche Einmischung in Syrien

Zum Antikriegstag am 1. September fanden wieder in vielen NRW-Städten örtliche Gedenk-Mahn- und Protestveranstaltungen statt. Wie jedes Jahr selbstverständlich auch unter Beteiligung von Freidenkerinnen und Freidenker. Darüber hinaus folgten auch einige NRW-Freidenker dem Aufruf des „Frankfurter Solidaritätskomitees für Syrien“ zu der einzigen bundesweit organisierten Demonstration in Frankfurt. Dafür gab es gute Gründe:

Das diesjährige Gedenken an die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs erfolgt vor einem außerordentlich gefährlichen weltpolitischen Hintergrund. In Syrien herrscht Krieg: Seit Anfang 2011 organisieren die Türkei, Saudi-Arabien und Katar, auf Betreiben der USA, anderer NATO-Mächte und Israels die Einschleusung terroristischer Truppen nach Syrien. Die Terrorbanden bestehen überwiegend aus fanatischen Salafisten und Moslebrüdern. Ziel der völkerrechtswidrigen Aggression: Die Regierung von Präsident Bashar al-Assad soll aus dem Weg geräumt werden.

Sie stört den Westen, weil Syrien unter Assad gegen imperialistisches Hegemoniestreben auf nationaler Selbstbestimmung besteht. Sie stört die Islamisten und Golf-Despoten, weil die Assad-Regierung Syrien als säkularen Staat verteidigen und demokratisch weiterentwickeln will. Wenn Assad fällt, wird Syrien ein ähnliches Schicksal wie Afghanistan, Irak und Libyen erleiden. Dagegen setzen Russland und China sowie der Iran auf Stabilität und Reformprozess in Syrien. Schon reden die Kriegsmedien von einem Stellvertreterkrieg. Wohin führt diese Entwicklung? Haben wir im Syrien-Konflikt bereits die Konstellation eines nicht mehr auszuschließenden Dritten Weltkriegs vor uns?

Vor diesem bedrohlichen Hintergrund war das Zustandekommen der Demonstration bereits ein großer Erfolg. Es zeigte sich, dass die Mehrheit der Syrerinnen und Syrer, die in Deutschland leben, ebenso wie in Syrien selbst, die Regierung von Präsident Bashar al-Assad und die syrischen Sicherheitskräfte unterstützen. Die Mehrheit der Syrer ist loyal, gleich ob sie politische Anhänger Assads sind oder in Opposition zu ihm stehen. Dies war die Botschaft der Demonstranten, die deutlich machten, wie verzerrt und verloren das Syrien-Bild deutscher Medien und Politiker ist.

Ferner zeigte sich, dass die hier lebenden syrischen Menschen nicht, wie noch im Frühjahr bei ihren Demonstrationen in Frankfurt, Hamburg und Berlin mit anderen Einwanderern

derern aus der Region allein unter sich waren. Es gab eine kleine aber aktive Beteiligung von Deutschen. Deutlich wahrnehmbar war – nicht nur aber vor allem – der Deutsche Freidenker-Verband. Sebastian Bahlo, der DFV-Referent für internationale Solidarität, leitete die Demonstration zusammen mit Salim Tas, dem Vorsitzenden der Alawitischen Jugend in Deutschland. Klaus Hartmann, der DFV-Bundesvorsitzende, hielt eine Abschlussrede, in der er herausstellte, dass Deutschland aktive Kriegspartei ist. Er betonte die Heuchelei einer Bundesregierung, die einerseits das kostenlose Verteilen von Koran-Exemplaren durch Salafisten in deutschen Städten als



1. September 2012: Antikriegstag, Frankfurt/Main: „...einzige bundesweite Kundgebung gegen die deutsche Einmischung in Syrien“ fotos: arbeiterfotografie.com

Gefahr für die innere Sicherheit hinstellt und andererseits mit den Mörderbanden eben solcher Salafisten gegen Syrien gemeinsame Sache macht. Passend dazu verbreiteten Bonner und Kölner Freidenker als Flugblatt den in dieser Ausgabe abgedruckten Artikel von Elias Davidsson „Al-Kaida: Die Geheimarmee der NATO“. Hartmann brandmarkte auch die in der Friedensbewegung propagierte Kumpagnei mit sogenannten syrischen Oppositionellen als eine pervertierte Form von „Solidarität“, mit der nur die scheinbare Berechtigung der angeblich demokratischen Ziele der westlichen Aggression vorgetäuscht wird. Musikalisch umrahmt wurde die Demo von der türkischen Band Köln Sanat Atölyesi und dem Frankfurter Liedermacher und Sänger Ernst Schwarz, dem Vorsitzenden der Frankfurter Freidenker. Die Arbeiterfotografie machte eine Bildreportage, die auch den Wortlaut der Rede von Klaus Hartmann enthält. (Siehe Online-Flyer der Neuen Rheinischen Zeitung vom 5. Sept. 2012 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18173>)

Völkerrechtswidrige deutsche Syrien-Politik

Die Frankfurter Rundschau (v. 2. September 2012) kolporierte in ihrem Bericht eine angeblich von der Polizei genannte Teilnehmerzahl von 600. Dagegen haben selbst verantwortliche Einsatzkräfte vor Ort gegenüber den Organisatoren von 3000 bis 3500 Teilnehmern gesprochen. Das übliche Zahlenspiel einmal beiseite: Bedenkt man, dass zwar die „junge Welt“ in der Vorschau auf die Demonstration ausführlich berichtete, aber keine andere Friedens-

organisation, weder Friedensratschlag, noch Friedenskooperative, noch IALANA etc. es für nötig fanden, für eine bundesweite Mobilisierung gegen die völkerrechtswidrige deutsche Syrien-Politik zu sorgen, und den Aufruf

des Frankfurter Solidaritätskomitees für Syrien“ sogar schlicht ignorierten, so kann im Vergleich damit, dass die Friedensbewegung vor einem Jahr im Libyenkrieg in selbstverschuldeter Bedeutungslosigkeit erstarrte, doch ein wichtiger Fortschritt verzeichnet werden: Gemeinsam demonstrierten erstmals Teile der deutschen Friedensbewegung und hier lebende Menschen aus dem bedrohten Land und der Region. Die For-

derungen der Demonstranten richteten sich gezielt gegen die deutsche Regierung und unterstrichen den völkerrechtswidrigen Charakter der deutschen Syrien-Politik. Nicht zuletzt wurde dadurch deutlich gemacht, dass internationale Solidarität heute mehr denn je in der Aufdeckung der Völkerrechtswidrigkeit der Politik deutscher Machthaber bestehen muss.

Klaus von Raussendorff

Al-Kaida – Die Geheimarmee der NATO

Osama bin Laden soll 1998 angeblich mit einer Fatwa die Muslime aufgerufen haben, US-Amerikaner und Juden zu töten und so dazu beizutragen, die islamischen Völker von us-amerikanischer und zionistischer Unterdrückung zu befreien. Für westliche Politiker und Medien war Osama bin Laden, Führer der allgegenwärtigen Al-Kaida, Hauptfeind der westlichen Demokratie. Nähme man Osama bin Ladens Fatwa ernst, wäre zu erwarten gewesen, dass islamistische Freischärler einen weltweiten Feldzug begonnen und ganz besonders US-Amerikaner und Juden überall auf der Welt angegriffen hätten. Doch ganz im Gegenteil wurde kaum ein Jude oder Israeli von Al-Kaida angegriffen. Und nur wenige Amerikaner starben durch Al-Kaida-Agenten.

Im Visier von Al-Kaida: Weder Amerikaner, Israelis noch Juden

Ungeachtet der lautstark bekundeten Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volk, und trotz Osama bin Ladens mutmaßlicher Fatwa gibt es keine nachweislichen Angriffe von Al-Kaida gegen israelisches Territorium, israelische Einrichtungen im Ausland oder israelische Staatsbürger. Beim Anschlag auf die jüdische Synagoge in Djerba in Tunesien ist, soweit bekannt, kein Jude ums Leben gekommen. Die meisten Opfer waren deutsche Touristen. Und bei dem Anschlag auf die jüdische Synagoge in Istanbul waren die meisten Opfer Muslime. Im Übrigen gab es bei beiden Anschlägen keine ordentlichen Ermittlungen. Von Anschlägen Al-Kaidas gegen europäische oder nordamerikanische Juden ist nichts weiter bekannt.

Bei den Anschlägen gegen US-amerikanische Bürger oder Einrichtungen, für welche Al-Kaida verantwortlich gemacht wurde oder zu denen sich das Netzwerk bekannte, wurde eine Komplizenschaft von Dienststellen der USA ruchbar:

- Der Anschlag auf das World Trade Center im Jahre 1993 ist, wie sich im Verfahren gegen die Verdächtigen herausstellte, vom FBI ermöglicht worden.
- Die Anschläge auf die Botschaften der USA in Ostafrika im Jahre 1998 wurden durch einen gewissen Ali Mohamed erleichtert, einen ausgewiesenen Agenten sowohl der CIA und des FBI, dessen Beteiligung vor Gericht aufgedeckt wurde.
- Die Terroranschläge vom 11. September 2001, bei denen 3000 Menschen, überwiegend US-Amerikaner, starben, sind inzwischen genauer analysiert mit dem Ergebnis, dass diese Anschläge höchst wahrscheinlich vom Militär der USA selbst gemacht, wobei Al-Kaida seine Beteiligung nicht einmal namentlich reklamierte. Zumindest gibt es nicht den Schnipsel eines kriminalistischen Beweises, dass Araber oder Muslime an der Operation beteiligt waren, und das FBI gab im Juni 2006 zu, dass es über keinerlei Beweise für eine Verbindung zwischen Osama bin Laden und den Anschlägen verfüge. Unzählige US-amerikanische Auslandsaktivitäten, Touristen und Militärstützpunkte wären als Ziele in Frage gekommen, doch Al-Kaida nahm davon Abstand, sie anzugreifen.

Al-Kaidas Opfer sind überwiegend Muslime...

- Im Irak erfolgte der größte mörderische Feldzug gegen Schiiten. Tausende wurden seit dem Sturz von Präsident Saddam Hussein buchstäblich hingeschlachtet. Ungeach-

tet der Konfession wurden ferner Ärzte, medizinisches Personal, Ingenieure und Wissenschaftler gezielt ermordet, viele flohen ins Ausland. Die Operationen gleichen dem Versuch, das Land konfessionell zu spalten und seiner intellektuellen Elite zu berauben.

- In Pakistan wurden zwischen 2001 und 2009 nach Untersuchungen des Verfassers 110 größere terroristische Anschläge verübt, die meisten gegen Zivilpersonen. In den meisten Fällen erklärte sich keine guten Glaubens nachweisbare Organisation verantwortlich. Wahrscheinlich wurde mindestens ein Teil dieser Anschläge von Al-Kaida oder mit Al-Kaida verbundenen



Das große Geschäft mit dem Verkauf von Kriegen und Lügen – 11 Jahre 9/11
 foto: arbeiterfotografie.com, 1. September 2012, Antikriegstag, Frankfurt/Main

Gruppen verübt.

- In Algerien hat die Al-Kaida des Islamischen Maghreb (AQIM) die frühere Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) als die aktivste Terrorgruppe Algeriens und der Sahelzone verdrängt. GIA und AQIM sind bekanntlich stark vom algerischen Geheimdienst infiltriert und tatsächlich von diesen Diensten angeleitet. Die Ziele von AQIM sind sowohl einfache algerische Zivilisten (Muslime) und ausländische Touristen. Seit 1992 starben schätzungsweise 200.000 Algerier in einem verdeckten Krieg, von den algerischen Sicherheitsdiensten federführend geplant.
- In Libyen wurde Al-Kaida in der Zeit von Oberst Ghaddafis Herrschaft vom britischen MI6 angeworben, um den libyschen Führer zu ermorden. Diese Operation misslang. Im Jahre 2011 nahm Al-Kaida am Aufstand der islamistischen Kräfte zum Sturz von Ghaddafi teil, in dessen Verlauf Tausende libyscher Muslime getötet wurden – mit Unterstützung durch NATO-Bombardements.
- In Jordanien führte Al-Kaida eine Reihe tödlicher Operationen durch, bei denen Dutzende von jordanischen Zivilisten umkamen. In einem Fall wurden israelische Touristen vorab gewarnt und verließen den Tatort vor dem Anschlag.
- Im Libanon lieferte sich 2007 die Terrorgruppe Fatah al-Islam im palästinensischen Flüchtlingslager Nahr al-Bared eine dreimonatige Schlacht mit der libanesischen Armee. Hunderte starben. Die zuvor unbekannte Gruppe war offensichtlich mit Al-Kaida verbunden und aus den gleichen Quellen finanziert.
- In Syrien nimmt Al-Kaida gegenwärtig an den Kämpfen zur Destabilisierung der syrischen Staatsordnung und zur Balkanisierung des Landes teil, in Übereinstimmung mit

langfristigen israelischen Zielen, die in den 1980er Jahren formuliert wurden.

...und Menschen in vielen anderen Ländern

- Serben waren Opfer von Al-Kaida-Kämpfern, die mit Hilfe der Regierungen von USA und Großbritannien nach Bosnien und Kosovo transportiert wurden. Al-Kaida half das frühere Jugoslawien im Interesse westlicher Mächte zu zerschlagen.
- Russen sind Opfer des mit Beteiligung von Al-Kaida geführten Kampfes tschechischer Separatisten, deren Ziele mit dem westlichen strategischen Interesse übereinstimmen, die russische Armee zu schwächen und die Russische Föderation zu zerstückeln.
- Chinesen sind damit konfrontiert, dass Al-Kaida im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang, einer chinesischen Provinz, operiert – vorerst noch in relativ kleinem Umfang, aber in Übereinstimmung mit einer langfristigen Strategie, China zu destabilisieren und eventuell zu zerstückeln.
- Hindus sind Opfer von Al-Kaida-Kämpfern, rekrutiert für Operationen in Indien, die so aussehen sollten, als ob sie von Pakistan federführend geplant wurden. Das offensichtliche Ziel solcher Operationen ist das Schüren von Spannungen zwischen Pakistan und Indien, um diese beiden Atomkräfte daran zu hindern, gegen den westlichen Imperialismus gemeinsame Sache zu machen.
- Afrikaner sind damit konfrontiert, dass Al-Kaida-Kämpfer verschiedene Operationen in afrikanischen Ländern durchführten, die darauf abzielten, Misstrauen und Hass gegen Muslime zu schüren. Ziel solcher Operationen ist es, die Afrikaner daran zu hindern, sich zu vereinigen, einer von Oberst Ghaddafi geförderten Vision.

Al-Kaidas Rolle in der Strategie der NATO

Die verfügbaren Informationen deuten darauf hin, dass Al-Kaida höchstwahrscheinlich von Saudi-Arabien operativ betreut und finanziert und von Geheimdiensten der führenden NATO-Staaten strategisch gesteuert wird. Die Operationen bezwecken unter anderem

- in der westlichen Welt Angst vor einem tödlichen Feind zu schüren und enorme militärische Apparate und Auslandseinsätze zu rechtfertigen. Ansonsten würden die Menschen Kürzungen der Militärausgaben verlangen und

bewaffnete Auslandseinsätze ablehnen, mit anderen Worten, das Lebenselixier des Imperialismus in Frage stellen;

- in islamischen Ländern Bürgerkriege zu entfachen und so Interventionen der NATO-Staaten zu rechtfertigen;
- die islamische Welt durch Förderung von religiösem Fanatismus in einer intellektuellen und technologischen Rückständigkeit zu halten;
- in der westlichen Welt unter dem Deckmantel der vorbeugenden Bekämpfung von Terrorismus massenhafte Überwachungsmaßnahmen einzuführen;
- die verbleibenden Regionen potentiellen Widerstands, darunter größere Bundes- oder Vielvölkerstaaten wie Russland, China, Indien, Iran und Indonesien, zu destabilisieren und balkanisieren.



Kriege und Lügen – 11 Jahre 9/11. Schon (vor) 2001 geplant: die Kriege gegen Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Iran,...

Alle Operationen des „terroristischen Netzwerks“ Al-Kaida tragen die Handschrift imperialistischer Strategie; sie sind deren fester Bestandteil – ein Fak-

tum, das von säkular-fundamentalistischen „Religionskritikern des Islam“ gerne übersehen wird. In jeder politisch-praktischen Hinsicht kann Al-Kaida ohne weiteres als die islamistische Miliz der NATO betrachtet werden.

zusammengestellt von Elias Davidsson, Bonn, 30. August 2012. Kontakt: ag911@unitybox.de



Die Religion ist Privatsache

Wie steht es mit dieser Behauptung? Will man wissen, was eine Partei will, dann nimmt man ihr Programm, worin sie ihre Forderungen und Ziele niedergelegt hat. Was lesen wir nun in dem sozialdemokratischen Programm? Nach einer Darlegung der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft wird als Ziel eine weitere Umgestaltung der Wirtschaft aufgestellt. Das ganze Programm beschäftigt sich nur mit wirtschaftlichen und damit zusammenhängenden Fragen. Von Abschaffung der Religion, sowie von der Re-

ligion überhaupt ist nirgends die Rede. Ja doch: in unseren Augenblicksforderungen steht ein Satz, der sich mit der Religion beschäftigt: Die Erklärung der Religion zur Privatsache. Wir Sozialdemokraten betrachten die Religion als eine private Angelegenheit jedes Einzelnen; wir fordern, daß der Staat diesen Standpunkt auch einnehmen soll. Aus dieser Forderung ist unzweideutig zu ersehen, daß die Behauptung der Geistlichkeit, wir wollen die Religion abschaffen, einfach Volksbetrug, Lüge, Verleumdung ist. Gerade der Satz, daß wir die Religion als Privatsache betrachten, drückt klar den wesentlichen Charakter unserer Bewegung aus, wodurch sie sich von allen früheren revolutionären Volksbewegungen unterscheidet: Wir fragen nicht nach Ansichten, wir fordern kein Bekenntnis auf übernatürlichem Gebiete, wir fordern nur die Mitarbeit an unseren praktischen Zielen. **Unser Ziel ist die praktische, materielle Umgestaltung der Gesellschaft, eine andere Regelung der Arbeit, die Ersetzung der kapitalistischen durch die sozialistische Produktionsweise. Sonst nichts.**

Jeder, der daran mitarbeiten will, ist uns als Kampfgenosse willkommen, welches auch seine philosophischen, religiösen oder sonstigen Anschauungen sein mögen. Unsere Ziele haben mit Religion nichts zu tun; sie bewegen sich auf ganz anderem Gebiete. Sie befassen sich mit rein irdischen, praktischen Regelungen; sie wollen die Ausbeutung, die Armut, die Vergeudung menschlicher Arbeitskraft aufheben, die Arbeit produktiv, die Wohlfahrt allgemein machen, die Lebensunsicherheit und die Not beseitigen. Im Widerspruch mit der Religion kann das schon deshalb nicht stehen, weil erst dadurch solche Gebote der Religion wie die allgemeine Menschenliebe und Brüderlichkeit zur Wirkung werden können. Mit religiösen Grundsätzen hat unser Ziel genau so wenig zu tun, wie jede kleinere wirtschaftliche Reform, wie z. B. die Gründung einer Konsumgenossenschaft. Daher fordern wir für jeden volle Freiheit im Glauben; was er über religiöse Fragen denkt, ist Sache jedes Einzelnen für sich. Wir fordern nur die Teilnahme an unserem Kampf gegen den Kapitalismus.

Die Sache liegt also überaus einfach. Aber unsere Gegner geben sich damit nicht zufrieden; sie glauben uns hier auf einem Mangel an Logik, ja, auf Schlimmerem zu ertappen. Die Pfaffen sagen: diese Losung der Sozialdemokraten: Religion ist Privatsache, ist eitel Heuchelei. Sie verstoßen selbst fortwährend dagegen. Es mag sein, daß die Politiker, die die Wahlstimmen der Gläubigen brauchen, es ehrlich mit dieser Parole meinen. Aber die radikalen Marxisten, die die Partei beherrschen, die Theoretiker, stehen auf ganz anderem Standpunkt. **Sie hängen dem historischen Materialismus von Marx an, verbreiten diese atheistische Lehre im Namen der Partei und machen damit die Arbeiter von der Religion abspenstig.** Und sie erklären, wo sie unter sich sind, unumwunden, daß in der sozialistischen Gesellschaft die *Religion verschwinden* wird.

Anton Pannekoek

Die Abschaffung des Eigentums, des Staates und der Religion, Oktober 1911

PARTEIISCHKEIT

Unter dieser Rubrik sollen für FreidenkerInnen relevante Positionen von Parteien, Institutionen oder Privatpersonen dokumentiert werden

Ein alter Kommunist liegt im Sterben und ruft nach dem Pastor. Alle Genossen sind außer sich ob des Wunsches nach der letzten Ölung. Der Sterbende sagt: „Es ist doch besser, wenn so ein verdammter Christ den Löffel abgibt als ein aufrechter atheistischer Kommunist.“ *Liedermacher Hannes Wader in einem Interview mit der jungen Welt.*

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, das kleine Island hat 300 000 Einwohner. Und entsprechend kleine Banken. Aber die plusterten sich mittels Krediten auf, lockten Auslandskunden mit hohen Zinsen. Das führte zu Inflation. Von Januar bis September 2008 verlor die isländische Krone mehr als 35 % ihres Wertes gegenüber dem Euro. Das ging so bis zum Herbst 2008.

Eine neue Regierung stellte die Banken unter Finanzaufsicht, verhinderte Kapitalflucht mittels Kapitalverkehrskontrollen. Nach Offenlegung aller Schulden und Prüfung ihrer Legitimität wurde das Kerngeschäft auf neue Banken übertragen. Die Investmentsparte kam in die Insolvenzmasse. Also eine kontrollierte Pleite. Die neugegründeten Banken übernahm der Staat und versorgte sie mit Eigenkapital. Statt millionenschwerer Abfindungen bekamen die ehemaligen Bankmanager Haftbefehle zugestellt. Mittlerweile sind von 200 Personen aus der Finanzbranche 80 rechtskräftig verurteilt. Es geht also.

Nun ist Island klein, Europa groß. Das Problem ist dasselbe. Europa verfügt über große Banken in privater Hand, denen es gelingt, alle Risiken auf die Staaten zu übertragen. Gewinne bleiben bei den Banken. In der Folge sind alle europäischen Länder überschuldet. Im Schnitt mit 87% vom Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die Rettung der Banken hat schon 1600 Mrd Euro gekostet. Deutschland allein muß noch 2000 Mrd Euro abtragen. Wenn es nach der EU-Kommission und der Mehrheit des deutschen Bundestages ginge, soll das so weitergehen. Diesem Zweck dienen Fiskalpakt und Europäischer Stabilisierungsmechanismus (ESM), beides Gesetze, die am 29. Juni vom Bundestag beschlossen worden sind.

Aber das Bundesverfassungsgericht hat bislang verhindern können, daß sie in Kraft treten. Es will erst prüfen, ob Fiskalpakt und ESM mit dem Grundgesetz übereinstimmen. Das tun sie nicht, denn beide Gesetze greifen tief in die Souveränität der Republik ein und verletzen das Prinzip, daß alle Gewalt vom Volke ausgeht. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wird für den 12. September erwartet. Was haben wir damit zu tun?

Der Fiskalpakt ist der rechtliche Rahmen, mit dem nach EU-Vorgaben die Staaten ihre Ausgaben zu senken gezwungen werden. Es geht um die flächendeckende Einführung von Schuldenbremsen mit automatischen Strafmaßnahmen. Mittel aus dem ESM sollen nur fließen, wenn die Staaten diese Schuldenbremsen in die nationale Gesetzge-

bung übernehmen und einhalten. Überwachen wird das ein Gouverneursrat. Alle Handlungen im Namen des ESM sind vor Strafverfolgung geschützt, geheim und unterliegen keinerlei parlamentarischer Kontrolle. Das alles soll dafür zu sorgen, dass die Banken nicht auf ihren faulen Krediten sitzen bleiben.

In ganz Nordrhein-Westfalen sind die Kommunen am Ende. Sie halten sich mit sogenannten Kassenkrediten über Wasser, vergleichbar mit dem privaten Dispo. Bei den NRW-Kommunen waren das im September 2011 schon insgesamt 21,6 Mrd. Euro, rechnerisch für jeden Einwohner 1208 Euro, 6,7 Prozent mehr als Ende 2010. In Köln betragen die Kassenkredite aktuell 170 Mio Euro. Mit dem „Stärkungspakt“ der Landesregierung vom März sollen die Kommunen aus der Schuldenspirale herausgeführt werden, dazu müssen sie aber, ähnlich wie die südeuropäischen Länder, massive Kürzungsvorgaben erfüllen. Es handelt sich in Wirklichkeit um eine riesige Umverteilung von Fleißig nach Reich. Aber wo ein Schuldental, ist der Vermögensberg nicht weit. Die Reichen sollen endlich zahlen. Das fordert das Bündnis „Umfairteilen“ zusammen mit Gewerkschaften und ruft auf zu einer Großdemonstration am Samstag, den 29. September in Köln, Roncalliplatz, 12.00 Uhr. Wir sind dabei!

Klaus Stein, Ansprache auf dem Sommerfest der DKP Gruppe Köln Innenstadt, 25. August 2012

Gemeinsamkeiten und Differenzen – DDR-Staat und christliche Großkirchen

Die Literatur über das Verhältnis der DDR zur evangelisch-lutherischen und zur römisch-katholischen Kirche hat Konjunktur. Eine Bibliographie der Fachbibliothek des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) vom Dezember 2010 verzeichnet laut Klaus Emmerich allein für das Thema MfS und Kirchen mehr als 260 Titel. Der Jurist liefert mit seinem Band »Glaube und Kirche im Sozialismus« so etwas wie einen gegliederten Konspekt mit Auszügen aus politischen Dokumenten, verfassungsrechtlichen Aussagen, Büchern und Reden. Sein Ausgangspunkt ist: »Die Heuchelei, man hätte 41 Jahre auf die Einheit Deutschlands gewartet, um dem ›Gefängnis DDR‹ zu entkommen, kann und will ich nicht unterstützen«. Aus dieser Perspektive versucht Emmerich, »einige Aspekte näher zu betrachten, die im Handeln der DDR-Führung und der Kirchenoberen das damalige Denken bestimmt haben«.

Programmatisch ist der erste Abschnitt des Buches, in dem es um »Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Staat und Kirche in der DDR« geht. Erstere sieht Emmerich im Streben nach Frieden, die Unterschiede bei jenen Kirchenoberen, die Kriege eines kapitalistischen Deutschland bis heute segnen. Der Verfasser nimmt zahlreiche Legenden, die Bestandteil der Anti-DDR-Propaganda sind, unter die Lupe: Steuerung der Kirchen durch das MfS, Enteignung kirchlichen Besitzes nach 1945, Kampf der SED gegen »die« Religion mit Hilfe von Atheismus, Jugendweihe etc. Sein Fazit: »Die Trennung von Kirche und Staat ist keine Erfindung der DDR-Politik. In der DDR wurde diese Trennung verwirklicht.« Der Verfasser schildert im Kontrast dazu die Einheit von staatlichem und kirchlichem Machtapparat in der

heutigen Bundesrepublik – von Staatsleistungen bis Militärseelsorge.

ein Überblick von Arnold Schölzel zu Klaus Emmerich: Glaube und Kirche im Sozialismus - Die Trennung von Kirche und Staat; Ein Abriß. Books on Demand, Norderstedt 2012, 128 Seiten, 6,90 Euro



Am 18. August führten die Freidenker Bonn unter Leitung von Stefan Eggerdinger, Mitglied der Kölner Freidenker, ein Nachmittagsseminar zu W.I. Lenins grundlegender Schrift über den Imperialismus durch. Um es vorweg zu sagen: Wir diskutierten so lebhaft, daß der Nachmittag nicht ausreichte. *Die Redaktion*

Ein erfolgreiches Seminar über W.I. Lenins: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

Gerade angesichts heraufziehender neuer imperialistischer Kriege – was läge näher als sich mit der grundsätzlichen Analyse dieses besonderen Stadiums des Kapitalismus zu befassen? Lenins große Leistung, da waren wir uns schnell einig, besteht ja darin, diese Endzeit des Kapitalismus auf ihr Wesen zurückzuführen. Also nachzuweisen, daß Imperialismus und Krieg nicht eine bestimmte Politik des Kapitals ist, die es auch „bleiben lassen“ kann. Sondern daß der Imperialismus hervorwächst aus dem Konkurrenzkapitalismus mit dem Monopol als dem grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnis. Das ist ja das Kriterium für jede wirklich wissenschaftliche Analyse: daß sie in ihrem Wesen Bestand hat für eine Epoche, auch wenn sich – und darüber haben wir ebenfalls ausführlich diskutiert – viele Erscheinungsformen in den 100 Jahren, seit diese Schrift erschien, geändert, verschärft und zugespitzt haben. Wir haben diskutiert, wie aus dem Monopol alle Grundeigenschaften des Imperialismus herleitbar sind: Die neue Rolle der Banken, die wir derzeit so drastisch in der Finanz- und Eurokrise vorgeführt bekommen. Die Verschmelzung von Bank- und Industriekapital zum Komplex des Finanzkapitals. Und genauso die Kämpfe zwischen den Monopolgruppen und den imperialistischen Staaten um die Beherrschung der Welt. Jeder am Tisch half mit, das zu erarbeiten: Mit Beobachtungen, Thesen, Fragen an die Runde. Immer wieder führte die Diskussion an die Frage heran, die natürlich die entscheidende ist: Wie muß nach all dem unsere Kritik des Imperialismus aussehen? Und wir alle verstehen unter Kritik eine durchaus praktische Sache: Kann es ein Rückwärts geben zu den „guten alten Zeiten“ des Konkurrenzkapitalismus? Das wohl nicht. Wie aber muß dann eine Kritik der Tat an diesem besonde-

TERMINE / kurz und knapp

ren Stadium des Untergangs einer alten Welt aussehen? Um es mit den Worten des Buches selbst zu sagen: „Die Fragen, ob eine Änderung der Grundlagen des Imperialismus durch Reformen möglich sei, ob man vorwärts gehen solle, zur weiteren Verschärfung und Vertiefung der durch ihn erzeugten Widersprüche, oder rückwärts, zu deren Abstumpfung, das sind Kernfragen der Kritik des Imperialismus.“ Mit diesen Kernfragen vor allem wollen wir uns auf der Fortsetzung des Seminars befassen. Wir vereinbarten, daß bis dahin jeder Teilnehmer die Schrift noch einmal studiert.

Der nächste Termin ist am Samstag, den 3. November 2012 wieder von 14 bis 18 Uhr im „Migrapolis“, Brüdergasse 16-18, Bonn 2. Stock. Anmeldungen bitte an Hans Joachim Knoblen richten: 0228-674862

LESETIPP Im Herbst erscheint die Nr.30 der historisch-dialektischen Zeitschrift „Streitbarer Materialismus“ Darin enthalten: Stefan Eggerdinger: Eurokrise, Fiskalpakete, Krieg und die Europastrategien des deutschen Kapitals.

Aus einem Vortrag des Autors beim Freidenker-Verband NRW, April 2012. // Alfred Hrdlicka: Österreich. Rede auf dem internationalen Kongreß „Wohin zieht der Anachronistische Zug?“, 1992,

Humboldt-Universität Berlin. // Julius F. Hecker: Moskauer Dialoge. Großbritannien 1933: „ein Versuch, gut lesbar Probleme und Entwicklungen kommunistischer Philosophie aufzuzeigen“ // Erwin Riess: Es geht alles wie am Schnürchen, zuweilen wie am Strick oder Neue Erkenntnisse zu Karl Kraus. // Peter Scheinost: Eigentum vernichtet – Atomenergie im Würgegriff der Konzerne. Text aus den 80er Jahren über den desaströsen Umgang des Monopolkapitals mit den Chancen der Nutzung von Kernenergie. // Norman Bethune: Reflexionen über die Rückkehr von „Hinter den Spiegeln“. Erfahrungsbericht des großen Freundes des chinesischen Volkes über seinen Besuch in der Sowjetunion 1935.

206 Seiten, 10 Euro, beziehen über: Verlag zur Förderung der wissenschaftlichen Weltanschauung, Tulbeckstr. 4, 80339 München, Telefon: 089-54070346 / Fax: 089-54070348, Mail: redaktion@streitbarer-materialismus.de

WOCHENENDSEMINAR der Bonner Freidenker „An den Quellen der Philosophie“ mit unserem Mitglied DR. PHIL. HABIL. WOLF-DIETER GUDOPP-VON-BEHM Die TeilnehmerInnenzahl ist limitiert!

13.-14. Oktober im Naturfreundehaus Leichlingen. Beginn ist Samstag, 10.00 Uhr Ende gegen Sonntag Mittag. Anreise ist schon am Freitag möglich. Kosten für Unterbringung und Essen: 2 x Halbpension (Samstag Mittag- und Abendessen, Sonntag Frühstück und Mittagessen) 43 Euro. Die Leihgebühr für Bettwäsche (Schlafsäcke sind nicht erlaubt) beträgt 5 Euro. Bei Interesse und weiteren Fragen hilft Hans-Joachim Knoblen 0228-674 862 .

Einleitend zum behandelten Thema folgender Text: Vor ungefähr 2600 Jahren hat die philosophische Wissenschaft bei den Griechen begonnen. Die frühen Anstifter des neuen Denkens nannte man bald die Sophoi, d. h. die Weisen und Gelehrten und ihre Anhänger Philosophen, Freunde der wissenschaftlichen Denkart. Worin zeigt sich das Neuartige der Welt-Anschauung? Um etwas zu verstehen, vertraute man nicht mehr auf das, was schon immer gesagt worden ist, sondern verließ sich lieber auf eigene Erkenntnisse und einsehbare Gründe. Weshalb und wodurch ist etwas so, wie es ist? Weshalb und wie bewegt sich die Welt, und was hält sie zusammen?

Die größten Vordenker in der ersten Hälfte des 6. Jahrhunderts vor unserer Zeitrechnung waren Solon in Athen - er studiert die Gesetzmäßigkeit der politisch-gesellschaftlichen Prozesse- und Thales, Anaximander und Anaximenes im Kleinasiatischen Milet, die ihre wissenschaftliche Neugier auf den Zusammenhang des großen Kosmos richteten. Ihnen folgten Denker wie Xenophanes oder, um 500 v. u. Z. in Süditalien Parmenides und im östlichen Ephesus dessen Zeitgenosse Heraklit, von dem der geläufige Satz stammt, wonach alles fließe.

Samstag, 3. November 2012 Zweiter Teil des Seminars zur leninschen Imperialismustheorie statt. Seminarzeit ist von 14 bis 18 Uhr im „Migrapolis“, Brüdergasse 16-18, Bonn 2. Stock. Anmeldungen bei Hans J. Knoblen: 0228-674862

VERANSTALTUNGEN im NRW-FREIDENKER-ZENTRUM, 50678 Köln, Bayenstrasse 11

Die Stephen Jay Gould-Lesekreise finden wieder statt
Samstag, 13. Oktober 2012, 16.00 Uhr (Dialektik der Natur)
Samstag, 10. November 2012, 16.00 Uhr
Samstag, 8. Dezember 2012, 16.00 Uhr

Jeden letzten Freitag im Monat ab 18 Uhr
FREIGEISTERRUNDE der Kölner FreiDenkerInnen
HERZLICH WILLKOMMEN!!



*frei*BRIEF ist das Organ des Landesvorstandes NRW des Deutschen Freidenker-Verbands e.V.
GESCHÄFTSSTELLE:
Bayenstrasse 11, 50678 Köln
LANDESVORSITZ:
Klaus von Raussendorff
An der Nesselburg 91, 53179 Bonn
Tel.: 0228 346850, eMail: raussendorff@web.de
Bank: Deutscher Freidenker-Verband, Volksbank Bonn Rhein-Sieg Kto.-Nr. 1902493014 (BLZ 38060186)

INTERNET
www.nordrhein-westfalen.freidenker.org/cms

*frei*BRIEF-REDAKTION
Martin Großkopf
Talweg 12, 53842 Troisdorf, Tel: 02241-3011909,
eMail: wickedbighead@gmx.de
Mitarbeit: Anneliese Fikentscher (Gestaltung)

REDAKTIONSSCHLUSS

*frei*BRIEF NRW-Info 2012-4: 15. November 2012



Ausstellung

Walter Ballhause

Der unsichtbare Fotograf

oder: wie der Faschismus nicht aufgehoben wurde

6.9.-29.9.2012

Öffnungszeiten: mi/do 19-21, sa 11-14, u.n.V

arbeiterfotografie@t-online.de, 0221-727 999

Wir machen gerne FREIENKÄNNEN-Gruppentermine!
z.B. mit Filmvorführung „Einer von Millionen“ (Eintritt frei)

erhältlich sind die Zeitschrift Arbeiterfotografie No 96/97
mit Schwerpunkt Walter Ballhause, 156 Seiten (18 Euro)

ein Wandkalender mit 12 Bildmotiven, A3 (25 Euro)

und 8 Postkarten (auch heitere Motive z.B. vom Arbeiter-Turn-
und Sportbund, Ferienlager der Roten Falken,...)

Galerie Arbeiterfotografie

Merheimer Straße 107 – 50733 Köln

U-Bahn-Station Florastraße / Wilhelmstraße

Foto: Walter Ballhause „Der Erbe“, Dresden 1949

© Walter Ballhause-Archiv Flauen

FASCHISMUS

FASCHISMUS

„Wenn der Faschismus verschwinden soll, müssen seine gesellschaftlichen Wurzeln ausgerottet werden. Nach den erlebten Erfahrungen weiß heute alle Welt und insbesondere wissen es die europäischen Diplomaten, dass man faschistisches Machtstreben nicht wegdiskutieren kann, und dass auch das Mittel versagt, ihm eine Abschwächung seiner "Dynamik" abkaufen zu wollen. Der Faschismus nimmt Lösegelder hin, aber er hält weder Verträge noch Versprechen: Auch der Krieg kann bestenfalls nur ein faschistisch regiertes Land zur Kapitulation bringen, nicht die faschistische Ideologie ausrotten.

Den Faschismus durch Ausrottung seiner gesellschaftlichen Wurzeln aus der Welt zu schaffen, diese Aufgabe und diese Möglichkeit liegt nur bei dem von diesem Gewaltsystem beherrschten Volk.

Es gibt eine deutsche antifaschistische Front, die vielfach zerklüftet ist und dem einheitlichen Machtwillen des Gegners nur ein Sammelsorium von politischen Parolen entgegenzustellen vermag. Ein großer Teil dieser Front lebt in dem Glauben, wenn die Diktatoren gezwungen werden, von der Bildfläche abzutreten, wird in Deutschland alles wieder so wie es einmal war. Diese Menschen sehen nicht, welche gewaltigen Veränderungen vor sich gegangen sind, sie scheuen davor zurück, gesellschaftliches Neuland zu betreten, sie fürchten vor den Konsequenzen einer Revolution. Weil sie entweder kein politisches Ziel vor Augen haben, oder weil sie es verdunkeln wollen, behelfen sie sich mit der Verlegenheitsphrase: man muss erst Hitler stürzen, dann wird man sehen, was weiter kommen soll. Es scheint zwecklos, gegen den Versuch zu polemisieren, einen politischen Machtkampf von immanenter geschichtlicher Bedeutung ohne eine politische Grundlage führen zu wollen. Wer solche Versuche propagiert, muss bereits in dem Gefühl leben, selbst außerhalb alles politischen Handelns zu stehen; das deutsche Volk jedenfalls, soweit es sich noch politisches Bewusstsein erhalten hat, bleibt von solchen Emigrationsparolen unberührt.

Es gibt keine gesellschaftliche Revolution ohne eine hierfür reife gesellschaftliche Wirklichkeit. Jeder Revolution ist eine ganz konkrete Aufgabe gestellt. Nur wenn diese Aufgabe erkannt ist und in Angriff genommen wird, kann die Kraft entstehen, die zur Überwinderin der alten Gewalten wird.“

Aus dem Buch „Unser Kampf gegen das dritte Reich“ von Max Sievers (damaliger Vorsitzender des von den deutschen Faschisten verbotenen Deutschen Freidenker Verbandes), welches er im Exil 1939 veröffentlichte.

„Der Faschismus war eine an die archaische psychische Autoritätsbereitschaft großer Massen und an ihre durch negative historische Erfahrungen aktualisierte Angst vor der Dekadenz anknüpfende politische Bewegung, die im Interesse der Aufrechterhaltung des vom Kapitalismus bestimmten Gesamtzustands der Gesellschaft gegen das unter der Bedingung relativ entwickelter politischer Demokratie mit zunehmenden Erfolg sich organisierende Proletariat auftrat, deshalb die innerhalb der einzelnen Staaten bestehenden Klassengegensätze zugunsten einer aggressiven Außenpolitik zu unterdrücken versuchen musste und dabei in der Katastrophe von 1945 scheiterte.“

Wilhelm Alff, Der Begriff Faschismus, 1971

